

AfD gegen Einheitspartei

44 Prozent und trotzdem ausgeschlossen.



6. September 2026 | Constantin von Hoffmeister

Die AfD hat die Wahl in Sachsen-Anhalt mit einem Vorsprung gewonnen, der früher jede Diskussion darüber, wer regieren sollte, beendet hätte. Nach der jüngsten Hochrechnung erhielt die Partei 44,0 Prozent der Stimmen, mehr als doppelt so viel wie bei der Wahl 2021. Die CDU brach von 37,1 auf 17,8 Prozent ein. Die SPD erreichte 9,1 Prozent, die Linke 8,8 und die Grünen 8,7. Das BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) überschritt mit 5,1 Prozent die Sperrklausel, während die FDP mit 2,4 Prozent aus dem Landtag verschwand. Die AfD lag damit mehr als 26 Prozentpunkte vor ihrem nächsten Konkurrenten und erhielt fast so viele Stimmen wie CDU, SPD, Grüne und Die Linke zusammen.

Da sie jedoch die absolute Mehrheit der Sitze verfehlte, könnten die von ihr besiegten Parteien sie weiterhin aus der Regierung fernhalten. Die Wahl brachte einen klaren Sieger hervor, doch das deutsche Parteiensystem könnte sich weigern, die politische Bedeutung des Ergebnisses anzuerkennen.

Die Zahlen offenbaren die wahre Struktur der deutschen Politik. Auf dem Papier gibt es in Deutschland viele Parteien. In der Praxis gibt es jedoch nur zwei politische Lager: die AfD und alle anderen. CDU, SPD, Grüne und Die Linke verwenden zwar unterschiedliche Farben, Slogans und Wahlplakate, doch wenn die bestehende Ordnung bedroht ist, schließen sie die Reihen. Ihre Streitigkeiten drehen sich um Posten, Budgets und das Tempo, mit dem gemeinsame politische Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Bei den grundlegenden Fragen – Masseneinwanderung, Machtübertragung an Brüssel, Sanktionen gegen Russland, Klimaprogramm, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, politische Überwachung und der Ausschluss der AfD – bleibt die Richtung dieselbe. Die Regierungen wechseln von SPD-geführt zu CDU-geführt und wieder zurück, während die Politik denselben Kurs verfolgt. Der Wähler mag den Fahrer austauschen, doch das Fahrzeug ändert seinen Kurs nicht.

Der bevorstehende Kampf um die Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt wird dies deutlich machen. Aktuellen Prognosen zufolge erhält die AfD 39 der 83 Sitze im Landtag. Die CDU kommt auf 16 Sitze, während die SPD, die Grünen und die Linke jeweils acht Sitze haben. Das BSW hält die verbleibenden vier Sitze. CDU, SPD, Grüne und Die Linke kommen zusammen nur auf 40 Sitze, zwei weniger als die für eine Mehrheit erforderlichen 42. Sie werden daher auf das BSW angewiesen sein, entweder als formellen fünften Koalitionspartner oder als externen Unterstützer einer von der CDU geführten Minderheitsregierung.

Das wahrscheinliche Ergebnis ist eine Brandmauer-Regierung, die sich von der nominell konservativen CDU bis zur postkommunistischen Linken erstreckt, wobei das BSW die entscheidenden Stimmen oder Enthaltungen liefert, die nötig sind, um sie am Leben zu erhalten. Die Parteien werden dies als Verteidigung der Demokratie bezeichnen. Im Klartext bedeutet dies, dass sich fünf Parteien zusammenschließen könnten, um der Partei, die 44 Prozent der Stimmen gewonnen und die CDU mit mehr als zwei zu eins geschlagen hat, die Macht zu verweigern.

Die CDU wird im Mittelpunkt dieser Konstellation stehen, und ihr Verhalten wird jeden letzten Zweifel daran ausräumen, was aus ihr geworden ist. Eine konservative Partei würde einen Erdbebenrutsch der AfD als Aufforderung betrachten, in den Bereichen Einwanderung, Energie, nationale Souveränität, Bildung und öffentliche Ordnung einen Kurswechsel vorzunehmen.

Die CDU wird stattdessen die Unterstützung der SPD, der Grünen, der Linken und vielleicht auch des BSW suchen, um auch nach dem Verlust von mehr als der Hälfte ihrer Wähler weiter regieren zu können. Eine Partei, die bereit ist, sich auf die Linke zu stützen, um eine konservative Wählerrevolte zu unterdrücken, kann sich nicht ehrlich als konservativ bezeichnen. Die CDU ist mittlerweile eine radikal linke Partei im konservativen Gewand. Ihre Funktion besteht darin, die deutsche Rechte an der Machtübernahme zu hindern und gleichzeitig linker Politik das Siegel bürgerlicher Seriosität zu verleihen. Im Wahlkampf bietet sie die Sprache der Ordnung an, und sobald die Stimmen ausgezählt sind, das Programm der Linken.

Deshalb hat das Wort „Demokratie“ in Deutschland eine so seltsame Bedeutung angenommen. Die AfD darf zwar an Wahlen teilnehmen, aber nach einem Wahlsieg keine Macht ausüben. Ihre Wähler dürfen mitbestimmen, sofern ihre Stimmen keinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Regierung haben. Je größer die AfD wird, desto größer muss der Gegenblock werden. Ehemalige Feinde versöhnen sich über Nacht. Die CDU kann mit den Grünen regieren, die SPD kann die CDU unterstützen, die Linke kann beide retten, und das BSW kann die entscheidenden Stimmen liefern.

Grundsätze, die vor der Wahl als unantastbar galten, werden danach verhandelbar. Der einzige feste Grundsatz ist, dass die AfD außen vor bleiben muss. Die Schutzmauer schützt die Demokratie nicht vor Extremismus. Sie schützt die etablierten Parteien vor dem Wahlwettbewerb.

Das BSW nimmt nun die entscheidende Position ein. Die BSW-Kandidatin Claudia Wittig hat ausgeschlossen, einfach entweder den AfD-Kandidaten Ulrich Siegmund oder den CDU-Kandi-

daten Sven Schulze zum Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt zu wählen, lässt jedoch die Tür für eine Zusammenarbeit mit der AfD bei einzelnen Maßnahmen offen. Sie erklärte, Entscheidungen sollten nach ihrem Inhalt getroffen werden, und bezeichnete es als „völlig undemokratisch“, die AfD nach einem solchen Wahlergebnis vollständig von der Regierungsbildung auszuschließen. Das ist ehrlicher als die Haltung der anderen Parteien, geht aber nicht weit genug. Ein gelegentliches Mitstimmen bei Anträgen der AfD kann keine Regierung ersetzen, die in der Lage ist, ein kohärentes Programm umzusetzen. Nach der aktuellen Hochrechnung kommen die AfD und das BSW zusammen auf 43 Sitze – eine absolute parlamentarische Mehrheit. Das BSW hat daher die Wahl: Entweder es ermöglicht einen politischen Wandel oder es hilft den unterlegenen Parteien, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Eine direkte Koalition mit der AfD abzulehnen, wäre ein schwerwiegender strategischer Fehler für das BSW. Ihre Wähler haben die Partei nicht gewählt, damit sie zu einem fünften Rad am Wagen einer Regierung aus CDU, SPD, Grünen und Die Linke wird. Sie haben sich für das BSW entschieden, weil dieses den Kriegskurs gegen Russland, unkontrollierte Einwanderung, eine Wirtschaftspolitik, die Arbeitnehmer bestraft, und die moralischen Belehrungen des liberalen Establishments ablehnt. In diesen Fragen stehen die BSW-Wähler der AfD-Wählerschaft viel näher als den Grünen oder der heutigen CDU.

Es ist daher anzunehmen, dass die meisten eine direkte Koalition zwischen AfD und BSW jeder Konstellation vorziehen würden, die das alte Regierungssystem am Leben erhält. Wenn das BSW ihre vier Sitze dazu nutzt, die Brandmauer aufrechtzuerhalten, wird sie damit zeigen, dass ihre Rebellion dort endet, wo die Macht beginnt.

Eine AfD-BSW-Regierung würde erhebliche Meinungsverschiedenheiten mit sich bringen. Die Parteien unterscheiden sich in der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und in Teilen ihrer politischen Traditionen. Doch Koalitionen zwischen verschiedenen Parteien werden gebildet, wenn keine einzelne Partei die Mehrheit errungen hat.

Die Gemeinsamkeiten sind bereits groß: Frieden mit Russland, Begrenzung der Zuwanderung, bezahlbare Energie, Ablehnung ideologischer Indoktrination in Schulen und Widerstand gegen die Herrschaft aus Berlin und Brüssel. Ein Koalitionsvertrag könnte diese gemeinsamen Ziele festschreiben und andere Fragen offen lassen. Eine solche Regierung würde zudem die zentrale Botschaft der Wahl respektieren: Sachsen-Anhalt hat für einen Bruch mit dem bisherigen Kurs gestimmt. Eine Fünf-Parteien-Koalition würde das Gegenteil bewirken.

Die Entscheidung, vor der das BSW steht, ist auch eine Entscheidung über seine eigene Zukunft. Das Bündnis kann beweisen, dass es eine Oppositionspartei ist, die bereit ist, Macht auszuüben, oder es kann zu einer weiteren Stütze des Systems werden, gegen das es angeblich kämpft. Wenn es eine CDU-geführte Regierung ermöglicht, werden die alten Parteien das BSW als verantwortungsbewusst loben. Seine Wähler könnten jedoch zu einem anderen Schluss kommen. Sie könnten entscheiden, dass nur die AfD bereit ist, Opposition in Taten umzusetzen. Das BSW hätte dann die Brandmauer auf Kosten seiner eigenen Daseinsberechtigung bewahrt.

Die AfD hat nicht genug Sitze gewonnen, um allein zu regieren. Das ist die Tatsache, auf die sich nun das gesamte Establishment stützen wird. Doch der Rest des Ergebnisses ist ebenso eindeutig. Die CDU wurde vernichtend geschlagen. Das Regierungsmodell wurde abgelehnt. Die AfD wurde

zur dominierenden Partei in Sachsen-Anhalt, während die Parteien, die sie ausgeschlossen hatten, nur überlebten, indem sie sich hinter einer gemeinsamen Barrikade versammelten.

Wenn sie nun eine weitere Regierung ohne Ulrich Siegmund bilden, wird Deutschlands vermeintliche Mehrparteiendemokratie in ihrer wahren Gestalt erscheinen. Es gibt zwei Parteien: die AfD und die Einheitspartei. Am Sonntag hat die AfD die Wahl gewonnen. Die Einheitspartei könnte dennoch die Regierung übernehmen.